

# ArbeitnehmerGRUPPE a k t u e l l

Mai 2018

Informationen aus der Arbeitnehmergruppe

## In Gewerkschaft und Partei präsent Christlich-soziale Kräfte gestalten die Zukunft mit

Während des unter der Bezeichnung „Parlament der Arbeit“ firmierenden DGB-Bundeskongresses in Berlin bat die Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundstagsfraktion zum Treffen ihrer Abgeordneten mit Gewerkschaftern aus dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und seinen Einzelgewerkschaften. Und sehr viele kamen, die Spitzen des DGB und die Vorsitzenden seiner Einzelgewerkschaften wie auch die Christdemokraten unter den Delegierten und aus den gewerkschaftlichen Apparaten.

Die rege Beteiligung beim Parlamentarischen Abend hat gezeigt: die „Christlich-Sozialen“ sind in den Gewerkschaften weiter präsent. Hierzu passt auch das exzellente Abschneiden der Gewerkschafterin und Christdemokratin Elke Hannack, die bei den DGB-Vorstandswahlen das beste Stimmenergebnis erzielt hatte.

Hauptrednerin des Abends war die CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer. Die Generalsekretärin, verantwortlich für die mit einer „Zuhör-Tour“ durch Deutschland eingeleitete neue Programmdebatte in der CDU, machte deutlich, dass sich die christlich-soziale Ausrichtung in der Union der Zukunft gleichberechtigt mit den anderen traditionellen Strömungen wiederfinden wird. Großen Wert legte sie in ihren Ausführungen darauf, dass die Soziale Marktwirtschaft und ihre Grundsätze



**Uwe Schummer** mit dem wiedergewählten DGB-Bundesvorsitzenden **Reiner Hoffmann** und dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundstagsfraktion **Hermann Gröhe** (von rechts nach links).  
Bild: Julian Schwerdt

auch in einer digitalisierten Arbeitswelt bestimmend sein müssen.

Viel Anerkennung zollten verschiedene Redner dem wiedergewählten DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann sowohl für seine Organisation als auch persönlich. Diese betraf die Haltung der Gewerkschaften etwa gegenüber gesellschaftlicher Ausgrenzung und Europafeindlichkeit, aber auch der konsequente und nicht überall populäre Einsatz des DGB-Bundesvorsitzenden persönlich für das Zustandekommen einer Bundesregie-

rung. Unverständnis zeigte etwa der CDA-Bundesvorsitzende Karl-Josef Laumann für solche Kritik aus Gewerkschaftsreihen. Er sei froh, dass der Koalitionsvertrag mit einer ganzen Reihe von Verbesserungen für Arbeitnehmer zustande gekommen sei.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Hermann Gröhe stellte die Bedeutung der christlich-sozialen Kräfte in Unionsparteien und Gewerkschaften gleichermaßen heraus. Er plädierte für

Fortsetzung auf Seite 2

## Inhalt

In Gewerkschaft und Partei präsent -  
Christlich-soziale Kräfte gestalten die  
Zukunft mit 1

**Uwe Schummer** - Ein neues Kapitel  
der Arbeitsmarktpolitik aufschlagen 3

Sozialpolitische Diskussionsrunde  
mit CSU-Legende **Barbara Stamm** 4

**Hermann Gröhe** - Chance auf  
nachhaltigen Konsens in der Rente 4



Von der Zuhör-Tour zum „Parlament der Arbeit“: CDU-Generalsekretärin **Annegret Kramp-Karrenbauer** am Rande des DGB-Bundeskongresses im Gespräch mit **Hermann Gröhe**.

Bild: Julian Schwerdt

### Fortsetzung von Seite 1

eine starke Sozialpartnerschaft. Für viele Zukunftsfragen böten, so seine Überzeugung, sozialpartnerschaftliche Vereinbarungen den geeignetsten Lösungsweg.

Der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe, Uwe Schummer, zog verbindende Parallelen zwischen der im Nachkriegsdeutschland im DGB umgesetzten Idee einer Einheitsgewerkschaft im Sinne eines gewerkschaftlichen Zusammenschlusses von Arbeit-

nehmerinnen und Arbeitnehmern verschiedener Ausrichtungen - einschließlich der christlich-sozialen - und der Katholiken und Protestanten zusammenführenden christlichen Volksparteien CDU und CSU. Beide Entwicklungen hatten ihre Ursache in den bösen Erfahrungen aus der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft. Diese Gemeinsamkeit sei auch Auftrag, zusammen die Zukunft zu gestalten.

## Liebe Leserin, lieber Leser,

**der Newsletter „Arbeitnehmergruppe aktuell“ erscheint regelmäßig monatlich in den Sitzungszeiten des Deutschen Bundestages. Die elektronische Fassung können Sie abonnieren. Bitte senden Sie uns hierzu unter dem Stichwort „Newsletter-Abo“ eine E-Mail an [kristina.freitag@cducsu.de](mailto:kristina.freitag@cducsu.de).**

## Ihre Redaktion

### Impressum

Herausgeber  
Michael Grosse-Brömer MdB  
Stefan Müller MdB  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Uwe Schummer MdB  
Redaktion: Stefan Klinger (verantw.)  
Mitarbeit: Robert Schwoppe, Julian Schwerdt  
E-Mail: [kristina.freitag@cducsu.de](mailto:kristina.freitag@cducsu.de)

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.



Immer gern gesehener Gast und gefeierter Redner bei der Arbeitnehmergruppe: Der CDA-Bundvorsitzende **Karl-Josef Laumann**.

Bild: Julian Schwerdt

# Ein neues Kapitel der Arbeitsmarktpolitik aufschlagen

**Uwe Schummer**

Wir wollen ein neues Kapitel der Arbeitsmarktpolitik aufschlagen. Die Hartz-Gesetze sind Geschichte. Sie hatten ihre Wirkung zur Zeit der Massenarbeitslosigkeit von 2003. Heute geht es um den Weg in die Vollbeschäftigung, Beseitigung des partiellen Fachkräftemangels und der Entwicklung der Potentiale von Langzeitarbeitslosen mit hohem Unterstützungsbedarf. Das hat viele Gründe.

## Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren

Arbeitslosigkeit ist teuer. Die Kosten der Arbeitslosigkeit, die sich einerseits aus den staatlichen Ausgaben, andererseits aus den Mindereinnahmen an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen ergeben, betragen 2016 nach Angaben des Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 55,5 Milliarden Euro. Im Durchschnitt lag die Arbeitslosenzahl bei knapp 2,7 Millionen Menschen.

Arbeitslosigkeit dequalifiziert. Im vergangenen Jahr zeigte eine Studie der Wirtschaftsberatungsgesellschaft Ernst & Young, dass deutsche Unternehmen aufgrund des Fachkräftemangels Aufträge im Gesamtvolumen von jährlich 50 Milliarden Euro nicht umsetzen konnten. Dies zeigt: Es ist menschlich und wirtschaftlich sinnvoll, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

## Arbeitsmarktpolitik muss personenzentriert sein

Beim Abbau von Massenarbeitslosigkeit lag der Fokus auf denjenigen, die gut vermittelbar waren; nicht auf denen, die langzeitarbeitslos sind. Nun geht es darum, diese Gruppe stärker zu integrieren. Um dies zu erreichen, müssen wir jeden Menschen mit seiner Biographie, den Potentialen und aufzuarbeitenden Handicaps in den Blick nehmen. Hier hilft kein Maßnahmen-Hopping, sondern eine



Informationen aus erster Hand. **Uwe Schummer**, Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe, informiert sich im Lagzentrum der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg bei **Mark-Cliff Zofall**, Projektleiter „Lebensbegleitende Berufsberatung“ (2. v. rechts) und **Dr. Roland Deinzer**, Leiter Unternehmensentwicklung und Strategisches Controlling (rechts). Links im Bild: Der CDU-Sozialpolitiker und ehemalige Vorsitzende der CDA **Hermann-Josef Arentz**. Bild: Robert Schwope

gezielte mittelfristige Strategie, die auf den ersten Arbeitsmarkt führt. Wir wollen keine neuen „Sonderwelten“, die sich parallel und auf Dauer zum allgemeinen Arbeitsmarkt entwickeln. Stärker betonen sollten wir Fördermöglichkeiten durch Assistenz, Coaching, Krisenintervention und Begleitung. Diese beschäftigungsbegleitenden Hilfen wollen wir in die Betriebe übertragen. Wir geben keinen Menschen auf. Dies ist unsere christliche Verantwortung.

## Arbeitsmarktpolitik muss bildungszentriert sein

Die Arbeitslosenquote von Personen ohne Berufsabschluss liegt bei 20 Prozent. Damit ist sie fünfmal höher als bei Menschen mit einer beruflichen Ausbildung. Auch unter den knapp 900.000 Langzeitarbeitslosen dominiert die Gruppe ohne Berufsabschluss. Bildung ist der Schlüssel zur Lösung sozialer und wirtschaftlicher Herausforderungen. Deshalb sollen nicht kurzzeitige Maßnahmen, sondern gezielte Qualifizierungsbausteine angeboten werden. Dabei müssen sie an den betroffenen Menschen Maß

nehmen; ebenso mit der wirtschaftlichen Situation in der Region kompatibel sein. Wir wollen Qualifizierung statt Alimentierung.

## Arbeitsmarktpolitik muss beschäftigungszentriert sein

Wir wollen die Vollbeschäftigung. Dies ist Ziel des Koalitionsvertrages. Sie ist möglich. Arbeit ist mehr als Broterwerb. Sie prägt den Menschen. Eine sinnhafte Arbeit ist ein Recht; Arbeit ist aber auch ein Anspruch der arbeitsteiligen Gesellschaft. Für Langzeitarbeitslose wollen wir zusätzlich vier Milliarden Euro mobilisieren, um Beschäftigung auf einem sozialen Arbeitsmarkt anzubieten. Die Förderung auf einem sozialen Arbeitsmarkt kann zur Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt beitragen. Sie darf dieses Ziel aber nicht ersetzen. Wir diskutieren ein Modell der aktivierenden Grundsicherung. Dabei geht es nicht darum, das geschriebene Buch der Arbeitsmarktpolitik wegzulegen, sondern ein weiteres ambitioniertes Kapitel aufzuschlagen.

## Sozialpolitische Diskussionsrunde mit CSU-Legende Barbara Stamm



Auf dem Bild von links nach rechts: Katharina Landgraf, Sylvia Pantel, Landtagspräsidentin Barbara Stamm, Kerstin Vieregge. Im Hintergrund von links: Alexander Krauß, Uwe Lagosky.  
Bild: Robert Schwope

Zum „Auswärtsspiel“ traf sich die die Arbeitnehmergruppe Anfang Mai in Nürnberg. Zwei Tage Klausurtagung konnten sowohl zum intensiven Austausch mit den bayrischen Kollegen der Christlich-Sozialen Arbeitnehmerschaft (CSA) wie auch zur Vertiefung des Themas „Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit“ genutzt werden.

Ein Highlight der Klausurtagung war das Gespräch der Abgeordneten mit der Landtagspräsidentin des Freistaates Barbara Stamm. Die Parlamentspräsidentin hat bereits unter dem legendären Ministerpräsidenten Franz-Josef Strauß als Sozialministerin gedient und sich kürzlich entschieden, sich für weitere fünf Jahre im Landtag zu bewerben. Vor 42 Jahren hatte sie erstmals ein Mandat erlangen. Nun könnten es 47 werden.

Barbara Stamm erinnerte im Hinblick auf die anstehenden Landtagswahlen in Bayern an das Motto von Strauß, dass Volksparteien Wahlen nicht in der „Sektetage“ gewinnen können. Die Union befinde sich in ei-

ner besonderen Verantwortung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Themenpalette des Gesprächs reichte von der Mütterrente bis zum Bundesteilhabegesetz.

Im Lagezentrum der Bundesagentur konnten die 20 mitgereisten Parlamentarier mit BA-Vorstandsmitglied Raimund Becker insbesondere über die Bekämpfung von Maßnahmenhopping, den im Koalitionsvertrag vorgesehenen Austausch von Schülerdaten und den Sozialen Arbeitsmarkt beraten.

Bedeutung und Folgen der Digitalisierung für die Zukunft der Arbeitswelt stellte Prof. Ulrich Walwei, Vize-Direktor des IAB, anhand einer Studie dar. Demnach erwarten 58 Prozent der Bevölkerung, dass im Jahr 2030 ein großer Teil der Erwerbstätigen vom Ort ihrer Wahl aus arbeiten wird. Wünsche nach einem sinnerfüllten Leben und Erfüllung im Beruf werden an Bedeutung gewinnen. Zudem werden Qualifizierung und Weiterbildung für Teilhabechancen immer wichtiger.

## Chance auf nachhaltigen Konsens in der Rente

**Hermann Gröhe**

Vereinbarungsgemäß hat der Bundesminister für Arbeit und Soziales Anfang Mai die Kommission „Verlässlicher Generationenvertrag“ eingesetzt. Diese wird sich mit der Sicherung und Weiterentwicklung der Alterssicherung beschäftigen und für die Zeit nach 2025 Empfehlungen erarbeiten.

Den Vorsitz der Kommission wird auf Unionsseite Karl Schiewerling führen, bis zur Bundestagswahl im vergangenen Herbst arbeits- und sozialpolitischer Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag. Die Einsetzung einer solchen Kommission war ein wichtiger Punkt im gemeinsamen Regierungsprogramm von CDU und CSU.

Für die Union ist von zentraler Bedeutung, dass die Rente für Jung und Alt verlässlich bleibt. Kurzfristig packen wir die im Koalitionsvertrag vereinbarten Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente, der Mütterrente sowie der Grundrente an. Zugleich geht es in der Kommission darum, die Zeit nach 2025 in den Blick zu nehmen. Angesichts der Veränderungen in der Arbeitswelt und im Altersaufbau unserer Gesellschaft sind dabei erhebliche Anstrengungen erforderlich.

Es geht darum, eine auskömmliche Alterssicherung zu gewährleisten und zugleich die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler, die Wirtschaftskraft unseres Landes und kommende Generationen nicht zu überfordern.

Nicht zuletzt durch die Mitwirkung der Sozialpartner und die Inanspruchnahme wissenschaftlichen Sachverständigen besteht mit dieser Kommission die Chance, die Grundlagen für einen nachhaltigen Rentenkonsens zu legen.